

27.01.2018

## Schon wieder Stuttgart 21: Kein Grund zur Aufregung

Die Kostenspirale bei Stuttgart 21 dreht sich immer schneller. Erst vor zwei Monaten wurden Kostensteigerungen von 4,5 auf 7,6 Milliarden bekanntgegeben. **01.12.2017 Stuttgart 21: Aus Fehlern lernen?** Kaum hat man den Schock verdaut, flugs legen sie nochmals 600 Mio. drauf. Weil es eh schon wurscht ist, wie der Bayer sagen würde. Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert.

Aber kein Grund zur Aufregung. Das Geld ist ja nicht zum Fenster hinausgeworfen. Damit werden Baufirmen, Planer, Gutachter und Manager finanziert. Und Rechtsanwälte. Nachdem sich der Bund, das Land Baden Württemberg, die EU und Stuttgart an den Mehrkosten nicht mehr beteiligen wollen, strengt die Bahn eine Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof an. Wäre doch gelacht, wenn man mit einem aufwändigen Gerichtsverfahren nebenbei noch ein paar Millionen für die Anwaltskanzleien herausschinden könnte.

Dem Steuerzahler kann es egal sein, wer die Zeche bezahlt. Er wird so und so zur Kasse gebeten. Deutschland geht es gut. Das muss man nach besten Kräften ausnutzen, denn wer weiß schon, wie lange das Wachstum noch anhält. Und ganz wichtig, ja nicht zu viel in bezahlbaren Wohnraum investieren. Denn das würde den Wert der vorhandenen Immobilien schmälern und die Mietkosten nach unten drücken. Schlecht für die Investoren. Deren Vermögenszuwachs auf diversen Steuerparadiesen könnte sehr schnell ein paar Milliarden weniger betragen.

Dann schon lieber in unsinnige Projekte investieren ohne erkennbaren Nutzen und mit offenem Endtermin – wie BER und Stuttgart 21. Der deutsche Fiskus und die Sozialkassen – zur Plünderung freigegeben? Statt den Bund auf Zahlung zu verklagen, sollte man die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen wegen Veruntreuung von Steuergeldern. Aber deshalb haben wir ja die GroKo, um genau das zu verhindern. Die Umverteilung von unten nach oben muss weitergehen, solange noch etwas da ist.

**Jacob Jacobson**